

**Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek
Nein! zur Politik - Ja zur Hilfe!**



Hamburg, den 02.02.2016

PRESSEMITTEILUNG

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek stellt Verwaltung des Bezirkes Harburg für die vorgestellten Infrastrukturmaßnahmen ein schlechtes Zeugnis aus. Vorgestellte Maßnahmen zeigen, dass Neugraben nicht in der Lage ist die angepeilte Menge an Flüchtlingen zu schultern.

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! bewertet die Planung des Bezirkes Harburg zu den infrastrukturellen Maßnahmen als unzureichend. Diese wurden gestern vor 750 Bürgern in einer öffentlichen Informationsveranstaltung in der CU Arena Neugraben-Fischbek vorgestellt. Dabei handelt es sich konkret um folgende Maßnahmen:

KITAs: Aufstockung um 350 Plätze. Durch Anbau von 30 Plätzen an eine bestehende KITA, sowie Bau von zwei neuen KITAs im Baugebiet Vogelkamp Neugraben. Weitere KITAs würden dem Bedarf angepasst.

Orga-Mitglied Sven Blum: Die angekündigten Maßnahmen sind ein guter Schritt, aber nicht ausreichend. Eine der beiden KITAs wurde bereits beschleunigt geplant, weil schon im Sommer 2015 ein Unterhang von 35 Plätzen im Vogelkamp bestand. Bis zur Eröffnung der Einrichtungen in 2017 werden jedoch mind. 200 Familien neu in den Vogelkamp einziehen. Damit bleiben bei dieser Planung gerade mal 100 Plätze übrig. Wir rechnen aber mit ca. 300 Kindern in der Folgeunterkunft. Ein Konzept zur Durchmischung wurde gar nicht vorgelegt. Dabei gibt es in Neuwiedenthal mahnende Beispiele, bei denen in den Gruppen die Muttersprache der Kinder gesprochen wird. Dies zeigt deutlich, dass Neugraben-Fischbek aktuell, und auch in den nächsten Jahren, nicht in der Lage ist, eine Folgeunterkunft dieser Dimension ausreichend mit sozialer Infrastruktur zu versorgen.

Schulen: Einrichtung von ca. 25 internationalen Vorbereitungsklassen (IVK) an den umliegenden Schulen. Nach Rückfrage sollen ältere Kinder in Harburger Schulen beschult werden. Personal wird bundesweit gesucht. Auf Publikumsfrage wurde bescheinigt, dass bisher nur in Einzelfällen kein Personal gefunden wurde.

Orga-Mitglied Jan Greve: Die angekündigten Maßnahmen zeigen die aktuelle Belastbarkeit der Schulen in Hausbruch, Neugraben und Fischbek auf. Nach unserer Rechnung werden bei 3.700 Flüchtlingen und einem zu erwartendem Anteil an schulpflichtigen Kindern von 20% (die Kultusministerkonferenz spricht sogar von 30%) etwa 750 Kinder zu beschulen sein. Bei einem Schlüssel von 15 Kindern je IVK benötigen wir für die geplante Folgeunterkunft aber 50 IVK. Eine Beschulung in einem anderen Stadtteil halten wir für eine absurde Form von Integration, zudem Harburg nur Kapazitäten hat, weil dort weniger Flüchtlinge in Folgeunterkünften untergebracht sind. Was aber wenn auch dort die Unterkünfte wachsen? Müssen, dem

Gleichheitsprinzip folgend, dann auch Kinder die aktuell beschult werden, später in Harburg zur Schule? Ein Konzept zur Durchmischung der Klassen nach Abschluss der IVK wurde nicht vorgelegt, dabei ist es wichtig zu sagen, dass Klassenverbände für gute Integration neu geordnet werden müssen. Dies zeigt deutlich, dass Neugraben-Fischbek aktuell, und auch in den nächsten Jahren, nicht in der Lage ist, eine Folgeunterkunft dieser Dimension ausreichend mit sozialer Infrastruktur zu versorgen.

Ärzte: KV sei gesprächsbereit bezüglich neuer Zulassungen. Weitere Gespräche würden geführt.

Orga-Mitglied Ute Skolinski: Die medizinische Betreuung in Neugraben-Fischbek und Hausbruch ist derzeit schon sehr schlecht. Auf einen Arzt kommen 908 Einwohner während in Hamburg üblicherweise auf einen Arzt 383 Einwohner kommen. Hier besteht dringender Nachholbedarf, der auch ohne Flüchtlinge eine Dimension von 20 und mehr Ärzten, Zahnärzten und Heilmittelerbringern, erreicht. Wir halten ein Gespräch mit der KV für nicht zielführend, da diese nur Zulassungen für ganz Hamburg vergeben kann. Eine Verpflichtung in Neugraben-Fischbek zu bleiben entsteht daraus nicht. Eine Lösung kann nur sein, die KV zu gebietsspezifischen Zulassungen zu drängen, hier muss vom Gesetzgeber das Satzungsgebiet der KV Hamburg verändert werden. Alternativ können finanzielle Anreize vom Land vereinbart werden. Die Ankündigung, dass nur Gespräche geführt werden, zeigt deutlich, dass eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung nicht abzusehen ist. Mit der derzeitigen Verfügbarkeit ist Neugraben-Fischbek aktuell, und auch in den nächsten Jahren, nicht in der Lage, eine Folgeunterkunft dieser Dimension ausreichend mit ambulanter Infrastruktur zu versorgen.

Polizei: Die anwesende Sprecherin der Polizei stellt die aktuelle Situation mit einem Anstieg von bandenmäßigen Einbruchsdelikten sowie einem Anstieg von Straftaten innerhalb der Flüchtlingseinrichtungen vor. Es wird betont, dass außerhalb der Einrichtungen keine erhöhten Straftaten registriert worden sind. Die personelle Ausstattung des PK47 wird auch für den Bevölkerungsanstieg für ausreichend angesehen. Im Übrigen gäbe es keinen Schlüssel, aus dem sich bei einem Bevölkerungsanstieg mehr Kriminalität ableiten ließe.

Orga-Mitglied Norbert Höbelt: Wir begrüßen das Ansprechen der aktuellen Kriminalitätssituation und sind gleichzeitig entsetzt über das wiederholte Mantra der ausreichenden Kapazitäten des PK47. Die Bürgerinitiative spricht ausdrücklich von einem Bevölkerungszuwachs und meint damit sowohl Flüchtlinge als auch den Zuzug in die Baugebiete. Hier davon zu sprechen, dass ein Stadtteil der um 15%, später sogar um 50% wächst, keinen Personalmehrbedarf bei der Polizei bedingt, macht uns nur noch sprachlos. Wenn die Meinung besteht, dass Bevölkerung keine Arbeit für Polizei bedeutet, nicht einmal mehr Verkehrsunfälle, dann schütteln wir nur mit dem Kopf. Mitarbeiter umliegender Polizeikommissariate zeichnen uns hier ein anderes Bild. Mit dieser Personalplanung kann Neugraben-Fischbek eine Folgeunterkunft dieser Dimension nicht ausreichend mit Sicherheit versorgen.

Nahverkehr: Bis 2018 keine Änderung möglich, da kein Rollmaterial zur Verfügung steht.

Orga-Mitglied Karin Grotjahn: Allein die Ankündigung Schul- und Erwachsenenbildung auch in entfernten Stadtteilen anzubieten, gepaart mit dem Bevölkerungsanstieg in Neugraben in den nächsten Jahren, wird die ohnehin hohe Belastung der S-Bahnen ansteigen lassen. Gleichzeitig auf 2018 zu verweisen ist ungenügend, zudem in 2018 die letzte Möglichkeit ist, die kommende Generation von Rollmaterial nachzubestellen. Der dafür notwendige politische Prozess muss schon heute angeschoben werden. Möglichkeiten wie der Metronom könnten ebenfalls genutzt werden. Das Fehlen jeglicher Konzepte für öffentliche Mobilität zeigt deutlich, dass Neugraben-Fischbek aktuell und auch in den nächsten Jahren nicht in der Lage ist, eine Folgeunterkunft, aber auch einen Bevölkerungsanstieg generell zu verkraften. Der Verkehrskollaps ist vorprogrammiert.

Sportplätze: Mit dem Gebiet Sandbek-West kommt in 2019 ein Sportplatz Neubau. Auf kürzlich neugebaute Mehrfelderhallen sowie auf unausgelastete Sportplätze zB. Quellmoor wird verwiesen.

Orga-Mitglied Eike Ludwig: Die Rufe des FC Süderelbe, der mit für seine vorbildliche Integration ausgezeichnet wurde, nach einem neuen Sportplatz und die Aussagen auf der Veranstaltung stehen in einem Widerspruch. Wir halten es für sinnvoll wenn die Verwaltung die Erfordernisse mit den Vereinen abgleicht.

Bauliche Maßnahmen: Der Architekt hat die Planung der Großunterkunft vorgestellt. Diese enthält neben den 102 Holzbauten noch 4 Mittelpunkthäuser mit Räumen für Angebote, Familientreffen, Cafés und Ärzte.

Orga-Mitglied Birthe Greve: Die Einrichtungen von Gemeinschaftsräumen sind richtig und wichtig. Zudem bereits jetzt Angebote wie das Cafe Welcome gut besucht sind und Räume dafür knapp.

Expertenmeinungen: Auf Rückfrage hat die Sprecherin des zentralen Koordinierungstabes Flüchtlinge als relevante Faktoren für Integration angegeben: Bauliche Maßnahmen, soziale Infrastruktur und berufliche Unterstützung. Die von fast allen Experten angegebene Durchmischung wurde somit als nicht notwendig erachtet.

Orga-Mitglied Volker Jahnke: Wir halten nach wie vor die isolierte Siedlung für falsch. Herr Buschkowsky hat in der Expertenanhörung deutlich gemacht, das Integrationsfeindlich ist, wo Menschen unter sich bleiben. Genau diese Voraussetzungen werden Am Aschenland I und II geschaffen. Soziale Infrastruktur und bauliche Maßnahmen sind das mindeste was der Staat einem jedem Menschen schuldet. Eine gelungene Integration dagegen ist der Mehrwert von dem alle profitieren. Mit Großunterkünften ohne Durchmischung, wie hier geplant, wird diese nicht gelingen.

Fazit: Die vorgestellten Maßnahmen hält die Bürgerinitiative für nicht ausreichend um den sprunghaften Anstieg der Bevölkerung und die anstehenden Integrationsleistungen zu bewältigen. Die angedachten Maßnahmen zeigen deutlich, dass Neugraben-Fischbek soziale Infrastruktur bieten kann, aber nicht in dem Ausmaß der nötig ist um 3.700 Flüchtlinge zu integrieren. Wir fragen wiederholt ob es sinnvoll ist, Kinder in einem sozialschwachen Stadtteil auf Jahre in Container KITAs und Schulen zu schicken, oder gar mit der S-Bahn in andere Stadteile, während die soziale Infrastruktur in anderen Stadtteilen nicht verändert werden muss. Wir reagieren entsetzt darauf,

dass eine Personalplanung in der Polizei keine Reaktion auf einen Bevölkerungsanstieg generell vorsieht. Wir sehen keine Verbesserung der ärztlichen Versorgung und fragen uns weiter, wie diese gewährleistet wird. Die Frage der Durchmischung von Kitagruppen, Schulklassen und Wohneinheiten ist unbeantwortet.

Ein Stadtteil wie Neugraben Fischbek ist bereit Flüchtlinge zu integrieren, ein Stadtteil wie Neugraben-Fischbek hat aber nur begrenzte Möglichkeiten soziale Infrastruktur in der für Hamburg üblichen Qualität vorzuhalten. Diese Möglichkeiten reichen nicht um die aktuell geplanten Flüchtlingsmengen sinnvoll und nachhaltig zu integrieren. Und selbst die vom Bezirk jetzt geplanten Infrastrukturmaßnahmen reichen nicht aus um den Mindestanforderungen gerecht zu werden.

Die Bürgerinitiative hält an Ihren Forderungen fest:

1. verbindliche Obergrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek
2. faire Verteilung der Flüchtlinge auf alle 104 Hamburger Stadtteile
3. Dialog zwischen Bürgern und Politik zur Gestaltung der Flüchtlingsunterbringung.

Am 08.02.2016 wird der Bezirk Harburg von der BASFI im Sozialausschuss bezüglich der Unterkunft Am Aschenland II angehört. Die Bürgerinitiative ruft alle Parteien der Bezirksversammlung auf, eine Großunterkunft abzulehnen.

Am 11.02. 2016 15:45 rufen alle im Dachverband IFI organisierten Bürgerinitiativen zu einer Demonstration auf dem Gänsemarkt Hamburg auf, um ihren Zielen Nachdruck zu verleihen. Ab 17:00 erfolgt eine Anhörung im Stadtentwicklungsausschuss im CCH.

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe!

Pressekontakt: Jan Greve

Email: mitmachen@binf-online.de

Web: www.binf-online.de

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek NEIN! zur Politik - JA zur Hilfe!

Twitter: BI NeugrabenFischbek

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Großunterkunft in Neugraben Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und lehnt Großunterkünfte als nicht integrierbar ab. Die Bürgerinitiative fordert eine Höchstgrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek und bietet damit gegenüber den Planungen für Gesamt-Hamburg eine fast doppelt so hohe Integrationsleistung an. Die Bürgerinitiative hat einen Vorschlag für eine faire Verteilung auf alle Stadtteile vorgelegt.